

Inhaltsverzeichnis

<i>I. Teil</i>	<i>Geschichte und Neuzeit</i>	1
§ 1	Die Geschichte der Versicherung	1
I.	Anfänge eines Risk Sharing: von der Antike ins Mittelalter.....	2
1.	Vom foenus nauticum zum aufgeschobenen Darlehen.....	2
2.	Das kanonische Zinsverbot als Triggering Event für die Assekuranz	3
II.	Das Mittelalter: Freiheitsrechte, freie Arbeit und selbständiges Gewerbe	5
III.	Kaskoversicherungen für Schiffe und die Anfänge der Lebensversicherung	6
1.	Das Süd-Nord-Gefälle.....	6
2.	Der Grundstein für das Lebensversicherungsgeschäft.....	7
IV.	Die Metamorphose der Schiffsversicherung in England.....	9
V.	Der Westfälische Frieden und das Allgemeine Preussische Landrecht 1794.....	10
1.	Sozialpolitische Veränderung nach dem Dreissig-jährigen Krieg	10
2.	Rechtssicherheit dank dem Allgemeinen Preussischen Landrecht	11
VI.	Die Schweiz: von Gebäudeversicherungsanstalten, Ansätzen zur Fahrbaveversicherung und ausländischen Aktiengesellschaften Anfang des 19. Jahrhunderts	13
1.	Hypothekarsicherung als treibendes Element.....	13
2.	Die einsetzende Industrialisierung	14
VII.	Der Brand zu Glarus, die Gefahren der Eisenbahn und Unfälle in den Fabriken	16
1.	Flugjahre für private Versicherer	16
2.	Wettbewerb, Rezession und erste Aufsichtsgesetzgebung.....	17
VIII.	Bismarck und Forrer: Ansätze zu einem Sozialversicherungssystem.....	19
IX.	Die Jahrhundertwende, der Erste Weltkrieg und Ansätze für eine Kartellisierung des Versicherungsmarktes	20
X.	Ausbau der Sozialversicherung, Koordinationsbemühungen und drohende Finanzierungsschwierigkeiten; vom liberalen zum sozialen Staatswesen.....	21
XI.	Die Entwicklung der Versicherungswirtschaft weltweit.....	23
XII.	Der Deregulierungsvorsprung der USA und der Druck der Konsumentenschutzbewegung	24

§ 2	Deregulierung, Reregulierung, Fragmentierung und Virtualisierung des Versicherungsmarktes	27
I.	Triggering Events und Paradigmawechsel.....	28
II.	Vom Spezialversicherer zum Allbranchenversicherer, zum Allfinanzdienstleister und die Fragmentierung.....	33
1.	Triggering Events in der Schweiz	33
2.	Die Versicherungslandschaft Schweiz: Trends zur Fragmentierung	38
III.	Das Versicherungsprodukt, die Digitalisierung und die Fragmentierung des Marktes	40
IV.	Nachhaltigkeit der Trends im Hinblick auf die «integrierten Versorgungsmodelle» und damit neuartige Formen des Versicherungsverhältnisses	44
V.	Schadensprävention und aktive Schadenminderung: noch die Domäne der öffentlich-rechtlichen Versicherer	47
VI.	Der virtuelle Versicherer	47
VII.	Normierungsbedarf als Folge dieser Entwicklungen	49
 2. Teil	 <i>Wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen für Versicherungsverhältnisse</i>	 51
§ 3	Der Schaden und die Ressourcenallokation	51
I.	Das Entstehen für Schaden als Schicksalsfrage	51
II.	Individuelle Haftung und deren kollektive Erweiterung.....	59
III.	Ökonomischer Approach oder die «ökonomische Analyse des Rechts».....	62
IV.	Die drei Kernfragen bei Schadenausgleichssystemen	63
1.	Sinn und Zweck	63
2.	Die geschützten und die versicherbaren Rechtsgüter	64
3.	Wer ist Träger der schadenausgleichenden Leistung?.....	65
V.	Der Begriff des Schadens und dessen Ersatzfähigkeit.....	67
1.	Die stellvertretende Funktion der Zurechnungskriterien im Haftpflichtrecht.....	67
2.	Der Schadenbegriff: Definition oder Typus?	68
3.	Substanz- oder Funktionsbeeinträchtigung und der reine Vermögensschaden.....	70
4.	Der reine Vermögensschaden bei Behördenhaftung	72
5.	Der Vorsatzschaden und die Ausweitung des «ersatzfähigen Schadens».....	73
6.	Entwicklungstendenzen beim Personenschaden.....	74
VI.	Der normative Schaden und der Schaden als Typus	76

VII.	Verkehrsauffassung als ausschlaggebendes Kriterium für die Ersatzfähigkeit.....	78
VIII.	Der fließende Übergang zwischen schadenmindernden und schadenverhütenden Aufwendungen und die Vorverlagerung des Haftpflichtrechts.....	79
IX.	Der Ökoschaden als Beeinträchtigung kollektiver, nicht individueller Interessen.....	80
X.	Interdependenz zwischen einem materiell-rechtlichen Schadentypus und erleichterten prozessualen Beweisregeln.....	81
§ 4	Versicherung und Schadenausgleich	85
I.	Der Risikotransfer: Versicherung als funktionaler Rechtsbegriff	85
II.	Das versicherbare Interesse	86
1.	Als Abgrenzungskriterium zu Spiel und Wette	86
2.	Rechtlich erlaubte Interessen und Versicherung auf fremdes Leben.....	86
3.	Public Policy und versicherbares Interesse	87
4.	Verkehrsfähigkeit von Sachen und versicherbares Interesse	88
5.	Personen und versicherbares Interesse	89
6.	Absichtliche Herbeiführung und versicherbares Interesse	89
7.	Rückwärtsversicherung und versicherbares Interesse	90
III.	Der Typus Versicherung.....	91
1.	Begriff oder Typus	91
2.	Das Fehlen einer Definition	91
3.	Typus oder Deskription, nicht Definition.....	92
4.	Versuch von Umschreibungen	93
5.	Die Umschreibung im Hinblick auf Rechnungsvorschriften.....	93
IV.	Typische Merkmale der Versicherung.....	94
1.	Die fünf typischen Merkmale.....	94
2.	Abgrenzungen.....	95
3.	Grenzziehungsprobleme in der Praxis.....	96
4.	Der Bundesbeschluss über Abonnenten-, Käufer- und Kundenversicherung	97
5.	Touristische Beistandsleistungen	97
V.	Überlagerung des Leistungsaustausches mit Informations-, Aufklärungs- und Beratungspflichten.....	98
VI.	Neuartige Risikotransformöglichkeiten	100
VII.	Der grundlegende Unterschied: Schaden-, Summenversicherung	101
VIII.	Haftungersetzung durch Versicherungsschutz	102

IX.	Direktes Forderungsrecht gegen einen Haftpflicht-versicherer	103
X.	Evolution von Haftungssystemen zu Entschädigungs-systemen	104
XI.	Das Trennungsprinzip: Haftpflichtrecht und Versicherungs-deckung	105
XII.	Ressourcenallokation, Finanzierungsmethoden und -probleme.....	106
	1. Das reine bzw. das abgeschwächte Ausgabeumlage-verfahren	107
	2. Das Kapitaldeckungsverfahren.....	108
	3. Das Bedarfsdeckungsverfahren.....	108
	4. Kombination der Finanzierungsverfahren	110
§ 5	Wirtschaftsaufsichtsrecht: Versicherungen und Financial Services im Fokus	113
I.	Wirtschaftsaufsichtsrecht im Spannungsfeld zwischen Deregulierung, Reregulierung und Verbraucherschutz.....	113
II.	Die Folgen des Turbokapitalismus der 90er-Jahre.....	118
III.	Digitalisierung und Virtualisierung von Versicherungs-unternehmen	122
IV.	IAIS und globale Vorgaben für eine effektive Versicherungs-aufsicht	123
V.	Finanz-, Funktions- und subsidiäre Missbrauchsaufsicht	124
VI.	Grundsatzpostulate der Revision des VAG in der Schweiz.....	127
VII.	Schnittstellen zum materiellen Versicherungsvertragsrecht	129
	1. Verbraucherinformationspflichten	129
	2. Versicherungsvermittlung im weiten Sinn	130
	3. Prämienanpassungsklauseln.....	130
	4. Bestandesübertragung, Fusion und Spin-off	131
	5. Koppelung von Feuer- und Elementarrisiken.....	131
VIII.	Die Funktionsaufsicht im Besonderen.....	132
	1. Die Spartenentrennung.....	132
	2. Beteiligungen	133
	3. Die Bewilligungserteilung zur Aufnahme der Versicherungstätigkeit.....	134
	4. Der Inhalt und die Bedeutung des Geschäftsplanes	136
	5. Die Rechtsform der Versicherungsunternehmung.....	138
	6. Die laufende Kontrolle der Versicherungstätigkeit	139
IX.	Die Finanzaufsicht.....	140

X.	Die Missbrauchsaufsicht.....	141
1.	Gesetzliche Konkretisierung des Missbrauchs oder Missstands.....	141
2.	Missbrauch bei der Prämienfestlegung	142
3.	Missbrauch durch Verstoss gegen «Grundsätze»	142
XI.	Bestandesübertragung und Kündigungsrecht des Versicherungsnehmers	143
XII.	Aufgabe der Geschäftstätigkeit.....	144
§ 6	Supranationales Recht, Transformation und Rechts- harmonisierung	147
I.	Supranationales Recht und Transfer in Landesrecht.....	147
II.	EU-Richtlinien im Hinblick auf Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit von Versicherungsunternehmen	149
III.	EU-Kartellrecht und Gruppenfreistellungs-Verordnung	151
IV.	EU-Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucher- verträgen 1993.....	154
V.	EU-Richtlinie über den Verbraucherschutz bei Vertrags- abschlüssen im Fernabsatz von 1997.....	155
VI.	EU-Richtlinie zum Schutz natürlicher Personen bei der Ver- arbeitung personenbezogener Daten von 1995 und die RL für elektronische Kommunikation von 2002	156
VII.	EU-RL bezüglich Motorfahrzeughaftpflichtversicherung 1972, 1983, 1990, 2000 und 2002	157
VIII.	RL über die Versicherungsvermittlung 2002.....	158
IX.	EU-Richtlinie zur Koordinierung der Rechtsschutzversicherung von 1987	160
X.	EU-RL bezüglich touristischer Beistandsleistungen von 1984.....	161
XI.	RL 1998 über die Beaufsichtigung von Versicherungs- gruppen.....	162
XII.	Die EU-RL über die Beaufsichtigung von Finanz- konglomeraten 2002	162
XIII.	Die EU-RL zum elektronischen Geschäftsverkehr 2000	163
XIV.	Die RL zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zweck der Geldwäsche von 2001	164
XV.	Die RL über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher 2002	165
XVI.	Das Lugano-Übereinkommen von 1988.....	165
XVII.	Assoziationsabkommen Schweiz/EU 1992	166
1.	Das Abkommen.....	166

	2. Der Assekuranzbinnenmarkt trotz Ablehnung eines EU-Beitritts	167
	XVIII. Rechtsparellismus und die schwindende Selbstbestimmung in globalisierten Märkten	168
§ 7	Normenverständnis und Normenvorverständnis	173
	I. Ressourcenallokation als treibende Kraft für Normierungen und Inhaltsbestimmung	173
	II. Das Triggering-Event des 20. Jahrhunderts: der Konsumentenschutz	176
	1. Ursprünge der Verbraucherschutzbewegung	176
	2. Ungewöhnliche und überraschender Vertragsinhalt als Ausgangspunkt	178
	3. Die Verselbständigung des Verbraucherschutzgedankens	178
	4. Die Sicht von Verbraucherschutzorganisationen	179
	III. Charakter rechtlicher Normierungen und Besonderheiten des Versicherungsrechts	181
	1. Gemeinsame Wurzeln	181
	2. Dynamisches versus statisches Recht	182
	3. Zwingende und halbzwingende Bestimmungen	183
	4. Verträge mit normiertem Inhalt	184
	5. Die Verzahnung von privat- und öffentlich-rechtlichen Normierungen	185
	6. Offene und geschlossene Rechtssysteme	185
	IV. Allgemeine Rechtsgrundsätze	187
	1. Allgemeine Rechtsgrundsätze als fundamentale Prinzipien	187
	2. Ausgewählte allgemeine Rechtsgrundsätze	188
	3. Rechtsbereichsspezifische «Grundsätze» als Konkretisierung von «allgemeinen Rechtsgrundsätzen»	191
	V. Rechtsanwendung, Rechtsgestaltung und Rechtsetzung	192
	1. Die Anpassungsfähigkeit und -bedürftigkeit rechtlicher Normierungen	192
	2. Die Auslegungsmethoden, -kriterien und -argumente	193
	3. Ansätze für eine Hierarchie der Auslegungsmethoden	196
	4. Lückenfüllung	197
	VI. Analoge Anwendung des Versicherungsrechts auf versicherungsähnliche Rechtsgeschäfte	199
	VII. Die Inhaltsbestimmung bei öffentlich-rechtlichen Versicherungsverhältnissen	200

VIII.	Bedeutung von Verwaltungsanordnungen, Weisungen, Kreisschreiben für die Auslegung.....	202
IX.	Anhang zu einem Gesetz als besondere Rechtsquelle	202
§ 8	«Principles» oder das Framework für Versicherungsverhältnisse	205
I.	Die die Versicherungsverhältnisse und die Koordination von schadenausgleichenden Leistungen prägenden «Grundsätze».....	206
II.	«Grundsätze» und «Prinzipien» des Schadenausgleichs generell	208
III.	Die das private Versicherungsrecht prägenden «Grundsätze»..	212
	1. Übergeordnete Grundsätze	212
	2. Grundsätze, die das Vertragsverhandlungsverhältnis und den Abschlussmechanismus beeinflussen	214
	3. Den Vertragsinhalt prägende Grundsätze	217
	4. Die Vertragsdauer prägenden Grundsätze	219
	5. Grundsätze im Zusammenhang mit Vertragsstörungen.....	220
IV.	«Grundsätze» der sozialen und öffentlich-rechtlichen Versicherungsverhältnisse	221
V.	«Principles» im angelsächsischen Rechtsbereich	223
	1. Unconscionable advantage.....	223
	2. Good faith and fair dealing.....	223
	3. Reasonable expectations are protected	224
	4. Public policy and public interests.....	224
	5. indemnity principle	224
	6. cut through liability	225
	7. Das «principle of detrimental reliance»-schädigende Abhängigkeitsprinzip	225
	8. No external effect of internal relationship insurer / insured.....	225
	9. Delays of notice and proof of loss.....	225
VI.	Principles und der Anpassungsbedarf des partikularen, europäischen Versicherungsrechts an die fortschreitende Rechtswirklichkeit	226
	1. Gemeinsame Wurzeln im deutschsprachigen Raum Europas	226
	2. Das schweizerische VVG als Rahmengesetz	226
	3. Zunehmende Vertragsinhaltsbestimmung durch Spezialgesetzgebung	229
	4. Die Vorarbeiten für eine Teilrevision des VVG und die Teilrevision 2006.....	229

§ 9	Auslegung, Inhaltskontrolle und Inhaltskorrektur von Versicherungsverträgen	235
I.	Das Vertrauensprinzip bei der Auslegung von Verträgen.....	235
1.	Auslegung nach Vertrauensprinzip	235
2.	Die Besonderheit des Massenvertrages	237
II.	Fliessender Übergang vom Vertrauensprinzip, zur Auslegung gegen den Verfasser und zur Inhaltskorrektur	238
III.	Auslegung und Inhaltskontrolle von vorformulierten Vertragsbestimmungen	239
1.	Generelles zu «missbräuchlichen» Klauseln	239
2.	Auslegung und Konkretisierung von AVB	241
3.	Normenkonkretisierung bei öffentlich-rechtlichen Versicherungsverhältnissen.....	243
4.	Lückenvermeidungsstrategie bei der Auslegung.....	245
5.	Auslegung von «diktierten AVB» und «deklaratorischen» Begriffen	246
6.	Konkretisierung von Gesetzesinhalten durch AVB-Bestimmungen.....	247
7.	Begünstigung als testamentsähnliches einseitiges Rechtsgeschäft	248
IV.	Die Unklarheitenregel oder «in dubio contra assecuratorem» ..	249
V.	Der Auslegungsgrundsatz: Restriktionsprinzip	252
VI.	Der Auslegungsgrundsatz: Verbot der Aushöhlung von Verträgen	252
VII.	Der Auslegungsgrundsatz: Spezialität versus Universalität.....	254
VIII.	Lückenlosigkeit der Deckung bei verwandten Verträgen	254
IX.	Widerspruchsfreiheit	255
X.	Vorrang von Besonderen Bestimmungen gegenüber AVB	255
XI.	Die Ungewöhnlichkeitskontrolle	255
XII.	Ungewöhnlichkeits- und Inhaltskontrolle gemäss deutschem AGBG und neuem BGB	258
XIII.	Von der «in dubio contra proferentem»- zur «reasonable expectations»-Doktrin	265
1.	Inter, praeter und contra Wortlaut	265
2.	Public interest und das Ungenügen der «in dubio»-Doktrin.....	266
3.	«Reasonable expectations»-Doktrin als umfassendes Werkzeug	268
XIV.	Die Vorverlagerung: von der Auslegung, über die Inhalts- und Transparenzkontrolle zur unterlassenen Aufklärungs- und fehlerhaften Beratung	271
1.	Der «Schleichweg» über die unterlassene Aufklärung.....	271
2.	Das Verdrängen von Auslegung und Inhaltskontrolle.....	272

	3. Verletzte Aufklärungspflicht und «Gesundung» des leidenden Vertrages	273
	XV. Omnipräsente Aufklärungs- und Belehrungspflichten.....	275
3. Teil	Versicherungsverhältnisse «vor» dem Versicherungsfall	279
§ 10	Versicherungsverhältnis und -vertrag: Mechanismen des Abschlusses.....	279
I.	Der Versicherungsvertrag bzw. das Versicherungsverhältnis...	279
	1. Versicherungsverhältnis vs. Versicherungsvertrag	279
	2. Der privatrechtliche Versicherungsvertrag.....	283
	3. Das öffentlich-rechtliche Versicherungsverhältnis der kt. Gebäudeversicherer.....	284
	4. Die Komplementarität der öffentlich-rechtlichen Kranken- pflegeversicherung und der privatrechtlichen Zusatz- deckungen im Krankenversicherungsbereich	286
	5. Koppelung von Mitgliedschafts- oder Genossenschafts- rechten mit Ansprüchen aus Versicherungsverträgen	287
II.	Die essentialia negotii des Versicherungsverhältnisses	288
	1. Die wesentlichen Vertragsbestandteile.....	288
	2. Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit der wesentlichen Vertragsbestandteile	290
	3. Die Besonderheit der «diktierten Verträge»	292
III.	Modalitäten der Entstehung des Versicherungsvertrages	292
	1. Die wesentliche Unterscheidung in Verbraucherverträge und andere.....	292
	2. Antrag bei Verbraucherverträgen.....	292
	3. Fehlende Rechtfertigung für eine Antragsbindungsfrist in Nicht-Verbraucherverträgen.....	294
	4. Annahme eines Antrages bei Verbraucherverträgen	294
	5. Abweichung der Annahmeerklärung von der Offerte: Billigungsklausel.....	296
	6. Der Antrag auf Veränderung eines bestehenden Versicherungsvertrages.....	298
	7. VVG 1 ff. als subsidiäres, öffentliches Recht	299
	8. Die Besonderheit des Vertragsverhandlungsverhältnisses	300
	9. Die provisorische Deckungszusage oder die vorläufige Deckung	301
	10. Die Erkundigungspflicht des Versicherers nach Geld- wäschereigesetz.....	303
	11. Prämienzahlungspflicht und Konsumkreditgesetz- gebung.....	303

§ 11	Gefahrstatsachen und Gefahrsanzeige: <i>lex specialis</i>	307
I.	Gefahr als wesentlicher Vertragsbestandteil	307
II.	Die erhebliche Gefahrstatsache als Geschäftsgrundlage	310
	1. Gefahrstatsachen als <i>essentialia negotii</i> des Versicherungsvertrages	310
	2. Die Konkurrenz der auf Fragen begrenzten Anzeigepflicht des Versicherungsnehmers mit einer umfassenden, spontanen Offenbarungspflicht	312
III.	Fragen, die Rückschlüsse auf Gefahrstatsachen erlauben	316
IV.	Diktierte und spontane Anzeigepflicht	317
V.	Erhebliche Gefahrstatsachen als Vertragsvoraussetzung oder Ausschluss	318
VI.	Kasuistik zur Frage der Erheblichkeit einer Gefahrstatsache	321
VII.	Gefahrsveränderung während des Vertragsverhandlungsverhältnisses	322
VIII.	Legalisierung eines bewussten Verschweigens	323
IX.	Kurzfristverträge und Veränderung der Gefahrstatsachen	324
X.	Die Verletzung der Gefahrsanzeigepflicht	324
	1. Der Grundsatz: grösste Zurückhaltung	325
	2. Die absichtliche Täuschung	326
	3. Die Relevanzrechtsprechung	327
	4. Ist eine fahrlässige Verletzung vorausgesetzt?	328
XI.	Der Verzicht und die Incontestability-Doktrin	330
XII.	Heilung der Verschweigung oder unrichtigen Anzeige	331
XIII.	Anforderungen an das Geltendmachen der Anzeigepflichtverletzung: Präzisierungspflicht	331
XIV.	Vorbehalte anstelle einer Auflösung des Vertragsverhältnisses	332
XV.	Die Problematik der Rückwärtsversicherung	334
XVI.	Wissenszurechnung bei Gefahrsdeklaration	337
	1. Das Wissen des Arztes	337
	2. Das Wissen des Maklers vs. demjenigen des unselbständigen Versicherungsvermittlers	338
	3. Wissenszurechnung innerhalb einer Versicherungsgesellschaft bzw. innerhalb eines Versicherungskonzerns	338
	4. Beschränkte Wissenszurechnung in der Krankenversicherung	340
	5. Wissenszurechnung bei Outsourcing	341

§ 12	Die Willensmängel: lex generalis	343
I.	Gefahrsanzeige, Willensmängel, Aufklärungs- und Beratungspflicht	343
1.	Willensmängel und essentialia negotii	343
2.	Zurückdrängen der Willensmängel durch Aufklärungs- und Beratungspflichten	344
II.	Dissens und normativer Konsens.....	345
III.	Irrtum über wesentliche Vertragsgrundlagen.....	347
1.	Irrtum über wesentliche Vertragsgrundlagen	347
2.	Irrtum im Zusammenhang mit der spontanen Anzeigespflicht.....	348
3.	Irrtum bzw. Gefahrsanzeige in der freiwilligen Vorsorge.....	349
4.	Irrtum bzw. Gefahrsanzeige in der sozialen Krankentag- geldversicherung	349
5.	Irrtum im Individual- bzw. Grossrisikogeschäft.....	350
IV.	Absichtliche Täuschung und Arglist.....	351
V.	Ex tunc oder ex nunc Auflösung und richterliche Inhalts- korrektur bei Irrtum?	352
VI.	Analoge Anwendung der Normen über die Anzeige- pflichtverletzung: Vorrang vor lex generalis	353
 § 13	 Verbraucherinformation, Aufklärung, Bedürfnisabklärung, Beratung und Interessenwahrung	 357
I.	Die Vielzahl von Aufklärungs-, Informations-, Belehrungs- und Beratungs- und Interessenswahrungspflichten im Versicherungsverhältnis	357
1.	Das Patchworkartige der Aufklärungspflichten i.w.S.	357
2.	Aufklärung und Beratung nach EU-RL- Versicherungsvermittlung	362
3.	Aufklärung aufgrund des elektronischen Geschäftsverkehrs	366
4.	Aufklärung aufgrund der EU-RL-Lebens- versicherung 2002.....	369
a.	Die Übersicht.....	370
II.	Konkretisierung der Verbraucherschutzinformationspflicht gemäss revidiertem VVG und VAG	373
1.	Essentiale und eigentlicher Inhalt.....	373
2.	Zur Überschussbeteiligung.....	373
3.	Zum Rückkaufswert und zum Umwandlungswert	375
4.	Zu fondsgebundenen Lebensversicherungsverträgen	376
5.	Zur Steuerbelastung	378
III.	Bedürfnisabklärung und Beratungspflicht bezüglich Vertragsart und Vertragsinhalt	378

Inhaltsverzeichnis

	1. Beratungspflicht und Beratungstiefe	378
	2. Abgrenzungsunschärfe zwischen Aufklärung i.w.S., Irrtum und Transparenzkontrolle.....	382
IV.	Aufklärungspflichten während des Versicherungsverhältnisses	384
	1. Aktive Schadenerledigungspflicht und Beratung	384
	2. Aufklärung und Begründung der Verletzung der Gefahrenanzeigepflicht	384
	3. Aufklärung bezüglich Deckungsbeginn bei Einlösklauseln	385
	4. Aufklärung im Zusammenhang mit dem Zahlungsverzug bei Kollektivverträgen	385
	5. Aufklärung über den Anspruch auf «Ersatzversicherungen»	386
	6. Androhung der Folgen und Aufklärung über die Folgen eines Prämienzahlungsverzugs	387
§ 14	Die Intermediäre zwischen Versicherer und Versicherungsnehmer	393
I.	Die prägenden Eckwerte für die Intermediärstätigkeit	394
II.	Qualitätssicherung und Haftung als Normierungsbedarf	394
III.	Die rechtliche Zuordnung der Intermediärstätigkeit.....	401
	1. Der herkömmliche (gebundene) Versicherungsvermittler.....	401
	2. Der Makler als Vertreter des Versicherungsnehmers und seine umfassende Verpflichtung zum «best advice» ..	403
	3. Die abgeschwächte Beratungs- und Aufklärungspflicht des unselbständigen Vermittlers.....	405
	4. Der Mehrfachagent oder Broker.....	406
	5. Der Gesamtberater	407
IV.	Die Erscheinungsformen des Intermediärs in der Rechtswirklichkeit.....	407
	1. Versicherungsagent oder Versicherungsvermittler.....	407
	2. Finanzdienstleister und Banken: gebundene Vermittler oder Makler	408
	3. Layer competition bestehender Distributionskanäle	408
	4. Strukturvertrieb: Mehrfachagenten oder Broker	409
	5. Franchising: Mehrfachagent oder Broker.....	409
	6. Direktvertrieb.....	410
	7. Internetvergleichsplattformen als Makler oder Broker?	410
	8. Point-of-Sale-Verkauf bei Kollektivverträgen: Mehrfachagenten oder gebundene Vermittler.....	411
V.	Bedarf und Komplexität des Produktes als Benchmark für die Beratungstiefe	411

VI.	Wissenszurechnung	416
1.	Die umfassende Wissenszurechnung in Deutschland.....	416
2.	Ausschluss der Wissenszurechnung in den AVB?	417
3.	Analoge Entwicklung der Praxis in den USA und in England	418
4.	Neueste Entwicklungen in Österreich	418
5.	Kollusives Zusammenwirken des Versicherungsnehmers und des Intermediärs	418
6.	Der Arzt als Kenntnisträger.....	420
VII.	Verdrängung der Wissenszurechnung durch die Vertrauens- haftung.....	420
§ 15	Prämie, Prämienanpassungen und Prämienchicksal.....	425
I.	Prämie, Prämienkomponenten und Transparenz.....	425
II.	Unteilbarkeit bzw. Teilbarkeit der Prämie	428
III.	Geschäftsgebühr als normativer Schadenersatz bei vorzeitiger Vertragsauflösung.....	429
IV.	Prämienanpassung als einseitiges Gestaltungsrecht im Versicherungsverhältnis	430
1.	Prämienanpassungsklauseln	431
2.	Bonus-Malus-Systeme	433
3.	Rabatte und der Sonderfall Dauerrabatt	433
4.	Indexgebundene Police und Prämie	434
5.	Prämienanpassung bei Gefahrsveränderung.....	435
6.	Altersabhängige Prämie und Altersgruppenwechsel	436
7.	Wiederauffüllungsprämie.....	436
8.	Prämienzuschläge in freier richterlicher Rechtsfindung....	437
9.	Administrativkostenzuschläge als verdeckte Prämien- erhöhung	438
V.	Prämienschuldner und Überwälzung der Prämie	439
1.	Prämienschuldner.....	439
2.	Der mit der Prämienzahlung wirtschaftlich Belastete	439
3.	Viatical Settlement oder der Kauf von Versicherungs- verträgen	441
VI.	Zahlungsverpflichtung, -modalitäten und -verzug.....	442
1.	Fälligkeit der Prämie, Einlösklausel und provisorische Deckungszusage	442
2.	Mahnung und Suspension der Deckung	443
3.	Zahlungsverzug bei Kollektivverträgen	445

§ 16	Vertragsdauer, Haftungszeitraum und Beendigung des Versicherungsverhältnisses	447
I.	Dauerschuldverhältnisse und Vertragsdauer	448
II.	Vertragsverlängerung oder Prolongationsklausel	450
III.	Dauerschuldverhältnisse und einseitige Anpassung des Vertrages	451
	1. Wesentliche Gefahrsveränderung	451
	2. Prämienanpassungsklausel	454
	3. Eingeschränkter Anspruch auf Prämienreduktion	455
	4. Bedingungsanpassungsklausel	456
	5. Optionsrecht bei neuen AVB	456
IV.	Vertragslaufzeit, Versicherungszeitraum und Haftungszeitraum	457
	1. Vertragsdauer und Haftungszeitraum	457
	2. Die Zurechnungsvarianten	458
	3. Triple Trigger und der französische Approach	460
V.	Auflösung von Dauerschuldverhältnissen	462
	1. Kündigung nach Anzeigepflichtverletzung	462
	2. «Kündigung» infolge unterlassener Informationspflichten beim Vertragsabschluss	463
	3. Kündigung bei Gefahrserhöhung	464
	4. Kündigung bei Verletzung von gefahrpräventiven Obliegenheiten	465
	5. Erlöschen infolge Wegfall der Gefahr	465
	6. Anzeigepflicht nach Eintritt des Versalles	465
	7. Betrügerische Begründung des Versicherungsanspruchs	466
	8. Kündigung im Teilschadenfall durch den Versicherer	466
	9. Kündigung im Teilschadenfall durch den Versicherungsnehmer	466
	10. Rückwirkende Vertragsauflösung bei betrügerischer Doppelversicherung und ebensolcher Überversicherung	467
	11. Automatisches Erlöschen bei Handänderung	467
	12. Vertragsschicksal bei Verstoss gegen das Veränderungsverbot	467
	13. «Rücktrittsrecht» des Versicherungsnehmers bei Lebensversicherungsverträgen	468
	14. Partielle oder umfassende Auflösung aufgrund neuer, gesetzlich geregelter Versicherungslösungen	468
	15. Wegfall der Geschäftsbewilligung	469
	16. Kündigung bei Bestandesübertragung	469
	17. Nichtigkeit oder blosser Kündbarkeit bei Rückwärtsversicherung?	470
	18. Gesetzliche Vermutung der Vertragsauflösung bei Nichtbezahlen der Prämie	470

	19. Ausserordentliches Kündigungsrecht aus wichtigem Grund?	470
	20. Vertragsschicksal bei mit Arbeitsverträgen gekoppelten Versicherungsverträgen.....	471
	VI. Unkündbare Dauerschuldverhältnisse	471
4. Teil	Versicherungsverhältnisse «beim» Versicherungsfall.....	475
§ 17	Der Versicherungsfall zwischen Gefahrsprävention und Schadenminderung	475
I.	Die Schadenminderungspflicht.....	480
	1. «Tunlichst» bzw. «nach Möglichkeit»	480
	2. «Nicht zu entschuldigende Verletzung» der Rettungspflicht	484
	3. Die Integration der Schadenminderungspflicht in den Schadensbegriff bzw. in den Begriff des befürchteten Ereignisses	485
	4. Die vorgezogenen Rettungskosten	487
	5. Leistungsverwirkung bei Verstoß gegen die Schadenminderungspflicht?.....	488
II.	Gefahrsprävention als besondere, vertragliche Verpflichtung ..	489
	1. Die erforderliche Bestimmtheit der gefahrspräventiven Obliegenheit.....	489
	2. Verschulden bei der vertraglich vereinbarten Gefahrsprävention	491
	3. Gefahrsprävention gemäss öffentlichem Recht.....	492
	4. Relevanz der Verletzung der gefahrspräventiven Obliegenheit.....	493
III.	Interdependenzen zwischen Gefahrsprävention, Deckungsausschlüssen, Herbeiführung, Schadenminderung und primären Leistungsvoraussetzungen	493
IV.	Der Versicherungsfall bzw. der Eintritt des befürchteten Ereignisses.....	495
	1. Kausale Versicherungsarten und Versicherungsfall	498
	2. Finale Versicherungsarten und Versicherungsfall.....	500
	3. Der gedehnte Versicherungsfall und der Haftungszeitraum	503
	4. Integrierte Versorgungsmodelle und Versicherungsfall	504
	5. Versicherungsfall und Verjährungsbeginn	504
§ 18	Die Herbeiführung des Versicherungsfalles	507
I.	Die «Herbeiführung» und die Verschuldensintensität	510
II.	Die Besonderheit des Verschuldens gegen sich selber	512

	1. Widerspruchsfreiheit im Wertesystem	512
	2. Haftungsersetzung durch Versicherungsschutz und Funktion des Verschuldens	514
	3. Der Begriff des Verschuldens unter Berücksichtigung seiner Funktion.....	516
	4. Zurechnungszusammenhang bzw. Kausalität.....	517
III.	Vorsatz im Sinne von Erfolgsunrecht	518
	1. Urteilsfähigkeit als Voraussetzung	518
	2. Vorsätzliche Schadenverursachung und direktes Forderungsrecht	519
	3. Vorsätzliche Erhöhung eines eingetretenen Schadens.....	520
	4. Dolus eventualis.....	521
	5. Actio libera in causa.....	524
IV.	Grobe und leichte Fahrlässigkeit: Typisierung und Trends	525
V.	Rechtfertigungsgründe und Verschulden.....	527
VI.	Verhaltensweisen als Deckungsausschluss	528
§ 19	Die Einbeziehung Dritter in das Versicherungsverhältnis	537
I.	Sachersatzinteresse oder Haftungsfreistellung?	537
	1. Die Problemstellung	537
	2. Die schadensgeneigte Tätigkeit und der Freistellungsanspruch	539
	3. Ausdehnung des Freistellungsanspruches auf alle Tätigkeiten, die im Interesse eines Dritten und zu dessen Nutzen erbracht werden.....	542
	4. Stillschweigender Haftungsverzicht im Innenverhältnis oder Einbeziehung in die Versicherungsdeckung?	543
	5. Die stillschweigende Miteinbeziehung des die Versicherungsprämie bezahlenden Schädigers	546
	6. Die ausdehnende Miteinbeziehung weiterer ermächtigter Benutzer einer Sache: gemischter Sach-/Haftpfllichtversicherungsvertrag	548
	7. Das gespaltene Versicherungsverhältnis bei der Haftpflichtversicherung.....	550
	8. Die Repräsentantentheorie in Deutschland.....	552
	9. Regress-, Haftungsprivileg und «hinkende Gesamtschuldverhältnisse»	552
	10. Verhältnismässigkeit contra Alles-oder-nichts-Prinzip	556
	11. Regresserschwerung und Haftungsverzicht.....	558
II.	Zurechnung des Verhaltens Dritter	559
	1. bei der Herbeiführung des Versicherungsfalles.....	560
	2. bei Gefahrerhöhung und Gefahrenprävention.....	561
	3. bei der Anzeige- und Belegpflicht nach dem Versicherungsfall	562
	4. bei der Schadenminderung	564

III.	Wissenszurechnung beim Abschluss des Vertrages	565
IV.	Der dringende Normierungsbedarf	565
5. Teil	<i>Versicherungsverhältnisse «nach» dem Versicherungsfall</i>	569
§ 20	Die Schadenbehandlungs- und Leistungspflicht des Versicherers	569
I.	Beweis des Eintrittes des versicherten Ereignisses, des Schadens und des Schadenumfanges.....	571
1.	Strikter Beweis oder überwiegende Wahrscheinlich- keit?.....	571
2.	Hinreichende Wahrscheinlichkeit	573
3.	Erschütterung der Wahrscheinlichkeit durch erhebliche Zweifel	574
4.	Beweiserleichterung als Risikozuweisung im Versicherungsvertrag	575
5.	Typische Geschehensabläufe und Beweismass	576
6.	Vorsatz als Beweisthema	577
7.	Zusammenfassend	577
II.	Leistungserbringung, Abwehrverpflichtung und Bad Faith.....	578
1.	Schadenerledigung als Pflicht des Versicherers: duty to act.....	578
2.	Schadenerledigung und Naturalerleistungersatz	581
3.	Interessenkonflikte bei der Schadenerledigung	581
4.	Anwaltskosten als Schaden im Haftpflichtprozess.....	582
5.	Anwaltskosten bei Anspruchsdurchsetzung gegen den eigenen Versicherer.....	582
6.	Abwehr unbegründeter Ansprüche und Prozessführungs- pflicht	583
7.	Unfaire Schadenerledigung	584
8.	Verbot der eigenständigen Schadenerledigung als Obliegenheit.....	585
III.	Leistungsäufnung und Leistungserbringung bei kapital- bildenden Versicherungsverträgen	586
IV.	Vergleichsweise Erledigung und Anfechtbarkeit.....	587
V.	Haftung mit dem Restbetrag oder Wiederauffüllung?	589
VI.	Unmittelbares Forderungsrecht Dritter und gesetzliches Pfandrecht.....	590
1.	Das direkte Forderungsrecht	590
2.	Das gesetzliche Pfandrecht gemäss VVG 60	591

§ 21	Obliegenheiten nach dem Versicherungsfall und die Befristung von Ansprüchen	593
I.	Das Veränderungsverbot	594
II.	Spontane Anzeigepflicht, reaktive Auskunft- und Begründungspflicht	596
	1. Anzeige und Begründung	596
	2. Mischformen und das «Begehren» des Versicherers	598
	3. Verschuldensintensität und Relevanz	598
	4. Anzeige- und Begründungspflicht als Dauerobliegenheit	600
	5. Anzeigepflicht und Schadenminderung	600
III.	Befristung von Versicherungsansprüchen	601
IV.	Verjährung von Versicherungsansprüchen	604
	1. Versicherungsfall und Leistungspflicht des Versicherers	605
	2. Auswirkungen der unklaren Verjährungsbestimmung	607
	3. Rechtsmissbräuchliche Erhebung der Verjährungseinrede bzw. Hemmung der Verjährung	610
	4. Verjährung und direktes Forderungsrecht	611
	5. Längere strafrechtliche Verjährungsfrist	611
	6. Verjährung von Regressforderungen	612
	7. Verzicht auf das Geltendmachen der Verjährungseinrede	612
§ 22	Zurechnung und Koordination	615
I.	Die Interdependenz zwischen Zurechnung, Kongruenz, Regress, Deckungseinschränkungen und Subsidiärklauseln	615
	1. Soll ein Haftpflichtiger durch Leistungen eines Schadenversicherers privilegiert werden?	616
	2. Der konfliktträchtige Umweg über Ausschluss- und Subsidiärklauseln	618
	3. Die Schwierigkeit der Koordination von ursachenabhängigen und finalen Versicherungsleistungen	619
II.	Zurechnungstheorien: Methodenpluralismus	622
	1. Die Praxis des EVG im Hinblick auf die Zurechnung	623
	2. Die Zurechnung im Haftpflichtrecht	628
	3. Die Zurechnung über Begriffsumschreibungen	630
III.	Die Kongruenz von schadenausgleichenden Leistungen	633
	1. Die ereignisbezogene bzw. die ursachenabhängige Kongruenz	635
	2. Die funktionale oder sachliche Kongruenz	635
	3. Die zeitliche Kongruenz	640
	4. Personelle Kongruenz	640
	5. Einzelschadenbezogene Kongruenz	641

IV.	Rechtskonstrukt der Koordinationshilfsmittel	641
1.	Ausschluss- bzw. Subsidiärklausel	641
2.	Subrogation und Regress des Schadensversicherers	644
3.	Regress des Haftpflichtversicherers	649
4.	Regress des kt. Gebäudeversicherers	649
5.	Regress der beruflichen Vorsorgeeinrichtung	650
6.	Komplementarität	650
7.	Anrechnung selbstfinanzierter Leistungen	651
8.	Vorteilsanrechnung im Haftpflichtrecht	651
V.	Befriedigungsvorrecht und Privilegierung	653
1.	Quotenvorrecht	653
2.	Regressprivileg oder faktisches Haftungsprivileg?	654
3.	Die Überlebenskraft des Haftungsprivileges	655
	Schlagwortverzeichnis	657

Inhaltsübersicht

<i>1. Teil</i>	<i>Geschichte und Neuzeit</i>	1
§ 1	Die Geschichte der Versicherung: von den gewagten Geschäften und ungewissen Erwartungen	1
§ 2	Deregulierung, Reregulierung, Fragmentierung und Virtualisierung des Versicherungsmarktes	3
	Case 4: Digitalisierung = Fragmentierung = Virtualisierung	4
	Case 5: Basics des Versicherungsgeschäfts: Reserven, Rückstellungen und asset liability management.....	9
<i>2. Teil</i>	<i>Wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen für Versicherungsverhältnisse</i>	15
§ 3	Der Schaden und die Ressourcenallokation	15
	Case 6 Explodierende Munitionskaverne am Susten	16
	Case 7 Haushaltschaden und Mithilfe im Geschäft des Mannes.....	23
	Case 8 Schwermetallschlamm	27
§ 4	Versicherung und Schadenausgleich	35
	Case 9 Definitionsfeindlichkeit des Versicherungsgeschäft	36
	Case 10 Langzeitgarantie oder Versicherungsgeschäft?	41
	Case 11 Rückwärtsversicherung für bestehende Krankheit?	42
	Case 12 Haftungersatzung durch Versicherungsschutz?	45
	Case 13 Ressourcenallokation: die Verteilung oder Zurechnung auf Mehrere	46
	Case 14 Summen- oder Schadensversicherung?	51
§ 5	Wirtschaftsaufsichtsrecht: Versicherungen und Financial Services im Fokus	57
	Case 15 Aufsichtsspanne bei Prämie: Insolvenz contra Übervorteilung	57
	Case 16 Aufsichtskompetenz: Verteilung der Sockelbeiträge	59
	Case 17 Kapitalbildende Lebensversicherung mit Überschussbeteiligung	70
	Case 18 Verfassungsrechtliches Gebot der Angemessenheit des Rückkaufswertes	73

§ 6	Supranationales Recht, Transformation und Rechtsharmonisierung	75
	Case 19 Antitrust: Umstellung von Haftpflichtverträgen von «occurrence» auf «claims-made»	76
	Case 20 Telefonwerbung	80
§ 7	Normenverständnis und Normenvorverständnis	83
	Case 21 Übervorteilung eines Fussballclubs.....	84
	Case 22 Zehnjährige Laufzeit	87
	Case 23 Grundwasser oder Oberflächenwasser	91
§ 8	«Principles» oder das Framework für Versicherungsverhältnisse	101
	Case 24 Anrechnung von Rentenleistungen beim Versorgerschaden ..	102
	Case 25 Familienprivileg	103
	Case 26 Asiatischer Teil der Türkei.....	104
§ 9	Auslegung, Inhaltskontrolle und Inhaltskorrektur von Versicherungsverträgen	107
	Case 27 Sturmschaden an Gebäude und Vorzustand	108
	Case 28 Prämienrabatte für längerfristige Verträge	109
	Case 29 Renntransporter	110
3. Teil	Versicherungsverhältnisse «vor» dem Versicherungsfall	113
§ 10	Versicherungsverhältnis und Versicherungsvertrag	113
	Case 30 Billigungsklausel oder Genehmigungsfiktion	114
	Case 31 Unfallversicherung nach UVG: das VVG als subsidiäres öffentliches Recht?.....	116
§ 11	Gefahrstatsachen und Gefahrenanzeige: lex specialis	123
	Case 32 Begründung des Vertragsrücktrittes bei Anzeigepflicht- verletzung.....	124
	Case 33 Anzeigepflicht für Medikamente nach Geschlechtsumwandlung	125
	Case 34 Spontane Anzeigepflicht selbst bei Vertragsofferte durch Versicherer.....	127
§ 12	Die Willensmängel: lex generalis	131
	Case 35 Betrügerische Anspruchsbegründung und Kaufpreisklausel ..	132
	Case 36 Anfechtung wegen Täuschung vs. Anzeigepflichtverletzung	135
	Case 37 Irrtum bei Anpassung eines Vorsorgeverhältnisses.....	136

§ 13	Verbraucherinformation, Aufklärung, Bedürfnisabklärung, Beratung und Interessenwahrung	139
	Case 38 Aufklärungs- und Beratungspflicht des Versicherungsvermittlers	140
	Case 39 Rückkaufswert und Transparenzkontrolle.....	142
	Case 40 Aufklärung über Provisionen eines Vermögensverwalters.....	144
§ 14	Die Intermediäre zwischen Versicherer und Versicherungsnehmer	147
	Case 41 Kollusives Verschweigen von Gefahrstatsachen.....	148
	Case 42 Wissenszurechnung bei der Vermittlung von Versicherungsverträgen	149
	Case 43 Der Makler im Versicherungsgeschäft.....	150
§ 15	Prämie, Prämienanpassungen und Prämienschicksal.....	155
	Case 44 Aufklärungspflicht über Vertragsrücktritt bei Prämienzahlungsverzug	156
	Case 45 Ungenügende Mahnung bei Prämienzahlungsverzug	159
	Case 46 Unlauterer Prämienvergleich.....	159
§ 16	Vertragsdauer, Haftungszeitraum und Beendigung des Versicherungsverhältnisses	163
	Case 47 Zehnjährige Laufzeit	164
	Case 48 Schmiergelder, Grundlagenirrtum und faktische Vertragsverhältnisse	166
	Case 49 Betrügerische Anspruchsbegründung: Kündigung aller oder nur der betroffenen Verträge?	169
4. Teil	<i>Versicherungsverhältnisse «beim» Versicherungsfall.....</i>	173
§ 17	Der Versicherungsfall zwischen Gefahrsprävention und Schadenminderung	173
	Case 50: Verspätete Anzeige des Versicherungsfalles, Schadenminderung und Versicherungsfall	174
	Case 51: Bauernhaus.....	179
	Case 52: Arbeitsunfähigkeit während des Arbeitsvertrags ist Versicherungsfall	181

§ 18	Die Herbeiführung des Versicherungsfalles	185
	Case 53 Drogenabhängiger und eventualvorsätzliche actio libera in causa	186
	Case 54 Notwehrexzess	187
	Case 55 Feuersbrunst 1	188
§ 19	Die Einbeziehung Dritter in das Versicherungsverhältnis	191
	Case 56 Betrügerische Anspruchsbegründung und anspruchsberechtigter Dritter	192
	Case 57 Verhaltenszurechnung trotz hierarchischer Arbeitsorganisation	193
	Case 58 Eingeschränkter Regress des Sachversicherers und versicherter Personenkreis	196
5. Teil	Versicherungsverhältnisse «nach» dem Versicherungsfall	199
§ 20	Die Schadenbehandlungs- und Leistungspflicht des Versicherers	199
	Case 59 Rückwärtsversicherungsverbot, culpa in contrahendo und fehlerhafte Schadenerledigung	199
	Case 60 Vergleichsverhandlungen trotz vorbehaltener Deckungsverweigerung	202
	Case 61 Entschädigungsvereinbarung	204
§ 21	Obliegenheiten nach dem Versicherungsfall und die Befristung von Ansprüchen	207
	Case 62 Veränderungsverbot, Aufklärungspflicht und Untersuchungsmaxime in der Krankenversicherung	207
	Case 63 Grosser St. Bernhard 2	209
	Case 64 Verjährung bei Invalidität	211
§ 22	Zurechnung und Koordination	215
	Case 65 Regress des Arbeitgebers für Lohnfortzahlung	216
	Case 66 Regressprivileg, Übernahmeverschulden und gestörtes Gesamtschuldverhältnis	219
	Case 67 Krankes Versicherungsverhältnis 2	222